



Der Vorsitzende des
Haupt- und Finanzausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 26.11.2020

1. Den Mitgliedern des
Haupt- und Finanzausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, 2. Dezember 2020, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Während der gesamten Sitzung ist ein Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 04.11. und 12.11.2020
2. **20-F-02-0025**

Überleitung RPJ-Mittel 2020
-Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 25.11.2020-

Die Kultur in Wiesbaden ist stark von den geltenden Maßnahmen zur Eindämmung von Covid19 betroffen. Deswegen hat sich der Magistrat zu diversen Unterstützungsmaßnahmen entschieden. Neben beispielweise den Veranstaltungen von Theatern, Museen oder Kleinkunstabühnen können auch Veranstaltungen, die auf Grund ihres bildungspolitischen Charakters normalerweise gefördert werden, auf Grund der geltenden Verordnungen nicht stattfinden. Das trifft u.a. auf die Veranstaltungen des RPJs zu.

Die Haupt- und Finanzausschuss möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Haushaltsjahr 2020 auf der Haushaltsposition Ring politischer Jugend Wiesbaden (41 Kulturförderung/Zuweisungen an Körperschaften, Vereine und Verbände) zur Förderung der Arbeit des RPJs nicht verausgabten Mittel werden ins Haushaltsjahr 2021 übergeleitet. Der Magistrat unterrichtet den RPJ hierüber.

3. 20-F-05-0080

Verlässlichkeit von Kostenschätzungen bei städtischen Bauprojekten
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 25.11.2020-

Die Kostenexplosion beim städtischen Bauprojekt „Sportpark Rheinhöhe“ hat die Vorurteile vieler Bürgerinnen und Bürger wieder einmal bestätigt. Bauprojekte der öffentlichen Hand werden regelmäßig deutlich teurer als ursprünglich angekündigt. Neben dem künstlichen Schönrechnen von Baukosten (denen die Stadt mittlerweile teilweise durch Plausibilitätsprüfungen entgegenwirkt) und von der Wissenschaft als Hauptgrund für Kostensteigerungen gesehen werden, mussten die Wiesbadener Stadtverordneten in den letzten Monaten und Jahren zahlreiche Mehrkosten bei Hoch- und Tiefbauprojekten genehmigen, die mit den allgemein gestiegenen Marktpreisen im Bausektor begründet wurden. Auch die Mehrkosten des Projekts Sportpark lassen sich teilweise darauf zurückführen. Derartige Mehrkosten verschlechtern die finanzielle Planungssicherheit der Stadt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) wie viele der seit 2019 durch Kämmerer, Magistrat oder Stadtverordnetenversammlung genehmigten Budgetüberschreitungen bei Hoch- und Tiefbauprojekten der LHW und ihrer Gesellschaften auf allgemein gestiegene Baukosten oder erhöhte Submissionsergebnisse zurückzuführen sind.
- 2) bei städtischen Bauprojekten, deren Kosten überhalb 1 Mio. Euro liegen, die Risiken, die sich aus einer weiteren Steigerung des Baupreisindex und Verzögerungen im Projektfortschritt ergeben, in den Grundsatz- und Ausführungsvorlagen detaillierter darzustellen.

4. 20-F-08-0086

Alkoholverbotszone
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 25.11.2020-

Seit dem 1. September 2008 existiert eine „Alkoholverbotszone“ am „Platz der Deutschen Einheit“ und in der Umgebung. Das Problem des offenen Alkoholkonsums konnte offenbar mit polizeilichen Maßnahmen all die Jahre nicht gelöst werden. Dennoch wurde die Allgemeinverfügung zur Aufrechterhaltung der Alkoholverbotszone immer wieder verlängert. Eine Dauerbestreifung durch die Stadtpolizei ist zudem kostenintensiv.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten, welche Versuche unternommen wurden, das Problem des offenen Alkoholkonsums mit anderen als mit polizeilichen Mitteln, z.B. (aufsuchender) Sozialarbeit, zu lösen.

5. 20-F-08-0087

Prüfung eines Feuerwerksverbots angesichts der besonderen Belastung des Gesundheitswesens
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 25.11.2020-

Die COVID-19-Infektionsraten befinden sich in der Landeshauptstadt Wiesbaden unvermindert auf hohem Niveau. Gesundheitseinrichtungen, insbesondere Kliniken, sind mit der medizinischen Betreuung erkrankter Personen bereits so stark belastet, dass geplante medizinische Eingriffe verschoben werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage, ob an Neujahr mit Feuerwerk bzw. Feuerwerkskörpern der Jahreswechsel gefeiert werden sollte, zunehmend Bedeutung. Alljährlich müssen auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden an Silvester und Neujahr zahlreiche durch Feuerwerkskörper Verletzte in medizinischen Einrichtungen behandelt werden. Die Beispiele aus Nachbarländern (z. B. Niederlande und Belgien), in denen der Einsatz von Feuerwerkskörpern gänzlich untersagt wurde, befördern die in den letzten Jahren ohnehin aus anderen Gründen zunehmenden Forderungen nach einem generellen Feuerwerksverbot. Wie Meinungsumfragen ergaben, wird ein mögliches Verbot mittlerweile auch in der Bevölkerung mehrheitlich positiv gesehen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- ob in der Landeshauptstadt Wiesbaden ein Feuerwerksverbot um den Jahreswechsel 2020/21 geplant ist,
- falls noch keine Entscheidung über ein Feuerwerksverbot getroffen wurde, ob es Überlegungen hierzu gibt und Kriterien aufgestellt wurden, von denen ein mögliches Verbot abhängig gemacht werden soll (z.B. Belastung des örtlichen Gesundheitssystems),
- welche rechtliche Grundlagen für ein solches Verbot gegeben sind bzw. ggfs. geschaffen werden müssten und
- ob ggfs. für eine notwendige Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung am 10. Dezember 2020 eine Sitzungsvorlage vorbereitet wird.

6. 20-F-05-0066

Zero-Base-Budgeting für den Haushalt 2022/2023
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion zu TOP I/8 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. November 2020 -

ANLAGE: Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0417 vom 12.11.2020

7. 20-F-10-0018

Eigentumsverhältnisse und Grundschuld-Eintrag für AWO-Kita
- Antrag der AfD-Fraktion vom 18.11.2020 -

ANLAGE: Überweisungsbeschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie Nr. 0159 vom 25.11.2020

8. 20-A-56-0003

Übertragung des Budgets
-Antrag des Ausländerbeirates vom 27.07.2020-

Der Ausländerbeirat bittet die Stadtverordnetenversammlung, den Restbetrag aus seinen Fördermitteln aus dem Jahr 2020 in das nächste Jahr 2021 zu übertragen.

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0384 vom 17.11.2016 ist der Ausländerbeirat berechtigt selbst Projekte zu initiieren und aus seinen Restmitteln zu finanzieren. Der Ausländerbeirat plant sein eigenes Projekt im Vorfeld der Wahl zum Ausländerbeirat im März 2021. Das Ziel des Projekts ist die Erhöhung der Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Ausländerbeiratswahlen lag bei 5%, 46.695 Einwohner Wiesbadens waren wahlberechtigt. Der niedrigen Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl im Jahr 2015 möchte der Ausländerbeirat mit einer verstärkten Öffentlichkeitskampagne entgegenwirken. Die ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner sollen besser informiert werden, damit sie von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen und sich an den Wahlen beteiligen.

ANLAGE: Überweisungsbeschluss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik

9. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 20-F-11-0006

Ausschreibungen transparent gestalten!
-Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/Bürgerliste Wiesbaden vom 01.09.2020-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat IV) vom 20.10.2020

2. 20-V-01-0030

DL 50/20-1, 47/20-1

Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates I für das 1. Halbjahr 2021

3. 20-V-01-0034

DL 50/20-2, 49/20-1

Erhöhung Verkehrszuschuss 2020: Abwicklung Projekt CityBahn/Auswirkungen Corona-Pandemie

4. 20-V-02-8004

DL 45/20-3

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen - Greenteam" - Verlängerung 2021 bis 2023

5. **20-V-05-0042** **DL 46/20-2**
Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates V für das 1. Halbjahr 2021
6. **20-V-05-0044** **DL 50/20-5, 47/20-4**
Finanzierung ÖPNV/ESWE Verkehr im Haushalt 2021 (Aktualisierung)
7. **20-V-05-0045** **DL 49/20-2**
Freigabe städtischer Mittel für dringliche Förderprojekte bzw. Luftreinhalteplanmaßnahmen bei ESWE Verkehr
8. **20-V-06-0018** **DL 46/20-3**
Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2021 im Bereich Dez. VI
9. **20-V-20-0039** **DL 45/20-1 NÖ**
Gesamtabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2019 - Information über die wesentlichen Ergebnisse
10. **20-V-20-0044** **DL 49/20-3**
Zusätzliche finanzielle Mittel für die Arbeit des Verwaltungsstabes Corona
11. **20-V-23-0002** **DL 50/20-6, 47/20-5**
Errichtung eines städtischen Parkhauses an der Klarenthaler Straße
12. **20-V-33-0002** **DL 46/20-4**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben
13. **20-V-37-0001** **DL 46/20-5**
Änderungssatzung Rettungsdienstgebühr
14. **20-V-37-0004** **DL 49/20-4**
Feuerwehrgebührensatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden

15. **20-V-40-0019** **DL 50/20-14, 47/20-13**
Mietmodell - Darstellung der Umsetzungshindernisse
16. **20-V-40-0022** **DL 50/20-15, 47/20-14**
Goetheschule -Sanierung der Turnhalle
17. **20-V-41-0013** **DL 45/20-6**
Förderung Schloss Freudenberg (Wiesbadener Gesellschaft Natur + Kunst gemeinnütziger e.V.); Bericht
18. **20-V-41-0018** **DL 45/20-8**
Vorabfreigabe Bereich Kultur 1. Halbjahr 2021
19. **20-V-50-0005** **DL 46/20-6**
Arbeitsgruppe Hilfe zur Pflege stationär, notwendige Personalkennzahlen
20. **20-V-51-0053** **DL 50/20-17, 47/20-17**
Richtlinie zur kommunalen Mitfinanzierung in der sozialen Mietwohnraumförderung
21. **20-V-66-0311** **DL 50/20-20, 47/20-20**
Einfahrtssperren - erweitertes Pilotprojekt
22. **20-V-81-0004** **DL 50/20-21, 48/20-1**
Wirtschaftsplan 2021 und Mittelfristplanung 2022 - 2025, abschließende Feststellung der Gebührebnachberechnung 2015 und Gebührevorkalkulation 2021
23. **20-V-81-0005** **DL 50/20-22, 48/20-2**
Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung
24. **20-V-86-0004** **DL 50/20-23, 47/20-21**
Sportpark Rheinhöhe - Planungsstand Leistungsphase 2

NÖ Tagesordnung II

1. **20-V-01-0032** DL 49/20-1 NÖ
Konzept Neustrukturierung der Immobiliengesellschaften

2. **20-V-23-0209** DL 46/20-2 NÖ
Verkauf von Eigentumsanteilen im Baugebiet Künstlerviertel

3. **20-V-23-0228** DL 50/20-2 NÖ
Verkauf eines Gewerbegrundstückes im Petersweg-Ost, Kastel

4. **20-V-31-0010** DL 46/20-3 NÖ
Evaluierung und Verlängerung der Alkoholverbotszone

5. **20-V-82-0013** DL 50/20-3 NÖ, 48/20-1 NÖ
Zukunft der gastronomischen Versorgung im Kurhaus und Änderung des Spielbankvertrages -
Umsetzungsvorlage

6. **20-V-23-0214** DL 50/20-1 NÖ
Bewirtschaftung des Parkhauses Theater und des Parkplatzes Wilhelmstraße

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Belz
Vorsitzender